

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt. Wirtschaftliche Rundschau. — Guldbreich Zischerpe tot. — Die Gewerkschaften und die Kohlennot. — Ist es wahr? — Wie steht es um die Versorgung der Menschheit mit Baumwolle? — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände (I). — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Verbandsangelegen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Krieg, der jetzt ins vierte Jahr hineinschreitet, ohne im geringsten erkennen zu lassen, daß er an Erschöpfung zugrunde geht, hat den Völkern gar viele Ueberraschungen gebracht. Leider waren die meisten dieser Ueberraschungen unerfreulicher Natur. Noch lange nach dem Kriege werden kommende Geschlechter einander erzählen, was die Geschichte hinsichtlich dieser unerfreulichen Ueberraschungen übernommen hat. Zu den unerfreulichsten Ueberraschungen gehört wohl die, daß Gewinnjucht und brutaler Egoismus so stark in die Palme schiefen konnten, daß diese abstoßenden Eigenschaften der Menschen das ganze Wirtschaftsleben geradezu terrorisieren können. Wenn man heute in geschäftlichen Kreisen vom Kriege reden hört, so hört man nichts von Mitleid mit der Opfer des Krieges, nichts von dem Mitgefühl mit jenen Armen, denen die Kriegsjurie Gab und Gut und häusliches Glück vernichtet, sondern man hört nur reden vom Geschäft und wie man es machen muß, um noch schnell vor Lorenschluß recht viel Gewinn zu erlangen. Bei längeren Reisen auf der Eisenbahn oder auch in den Cafés und den Restaurants der Handelszentralen kann man tagtäglich hören, wie die Sorge vor einem plötzlichen Ende des Krieges laut wird, weil man noch große gewinnbringende Geschäfte vorher abwickeln möchte. Und das Endergebnis ist ja, daß es sich bei solchen Geschäften in der Regel um Objekte des täglichen Bedarfs der Menschen handelt, die allen Verordnungen und allen Körperchaften der Kriegswirtschaft trotzend, außerhalb des Rahmens dieser Wirtschaft ihren Kreislauf vollziehen.

Doch auch innerhalb dieses Rahmens versteht man seine Schächchen zu scheren. Ueber die Verdienste der Reichsstelle für Gemüse und Obst, G. m. b. H., berichtet ein Großhändler in dem Zentralorgan des Verbandes der deutschen Fruchtgroßhändler in Nr. 9 vom 1. Mai d. J. folgendes: Am 28. März dürften in verschiedenen Städten Waagons Gurken und Salat eingegangen sein und verdiente die Reichsstelle wenigstens überall dort, wo für Gurken 1 Mk. und für Salat 35 Pf. verlangt wurden, an einem Waggon 2400 Mk. und der Verkaufsvermittler 1300 Mk. Es verteuerte sich also der Waggon durch die Reichsstelle um 3700 Mk. Aber auch bei andern Artikeln werden derartige hohe Verdienste erzielt, so z. B. kostete der Zentner Wirsing- und Rotkohl in Holland 25 Mk., bezahlte wurden an die Reichsstelle Preise von über 50 Mk. für den Zentner, also Verdienst pro Waggon 4600 Mk.

Also an einem einzigen Waggon Gemüse verdient der Verkaufsvermittler im Handumdrehen 4600 Mk. Ja, wenn das geschieht am grünen Holze der Reichsstelle für Obst und Gemüse, was soll man da Besseres vom dürren Holze der privaten Händler verlangen.

Ein anderes Beispiel: Die Reichsstelle für Obst und Gemüse erläßt eine Ankündigung, daß sie dort, wo bei den Obstverpackungen zu hohe Pachtpreise gezahlt worden sind, das Obst zu den festgesetzten Höchstpreisen enteignen werde. Aber die Höchstpreise für Obst sind ja viel zu hoch bemessen, so daß die Pachtpreise gegenüber den Vorjahren erheblich gesteigert werden können. Wie enorm diese Steigerung ist, kann man ersehen aus einem Bericht der „Volkswacht“ in Breslau über die Verpackungen der Kreis- und Provinzialschauflächen, also die den Behörden gehörenden Apfel- und Birnenalleen. Der Preis wurde in folgender Weise in die Höhe getrieben. Er stieg von:

24 379 Mark im Jahre 1915
39 500 " " " 1916
auf 90 940 " " " 1917

Also allein 66 000 Mk. werden die Behörden als Besitzer der Obstbäume mehr einstecken wie im Jahre 1915, weil sie dem Treiben der Händler nicht entgegengetreten und das Obst nicht dem solidesten, sondern dem meistbietendsten Händler in die Hand gaben, wovon das Kriegswucheramt in Berliner Polizeipräsidium ausdrücklich gewarnt hatte. Das heißt doch in der Tat in der frevelhaftesten Weise mit den vitalsten Interessen des konsumierenden Volkes Schindluder spielen. Ueberlegen sich denn jene Bureaukraten nicht, was sie für Unheil im Volke anstiften. Ist es nicht geradezu sträflich, wie durch solche Außerachtlassung von Warnungen des Kriegswucheramts die Erregung des Volkes geschieht?

Wer wünscht da nicht herbei die Energie, die Friedrich Rückert kleidete in folgende Zeilen:

Als im Lande Hungersnot war
Und dem König ward berichtet,
In des Reiches reichsten Städten

Stürben viele Arme Hungers —
Hört! welche rajche Auskunft
Peros traf, der Persefönig:
Eigenhändig schrieb er einen
Brief an jene Stadt im Reiche
Dieses Inhalts: „Wo ein Armer
Hungers stirbt in euern Mauern,
Werd ich für den Armen einen
Reichen nehmen und im Kerker
Auch ihn Hungers sterben lassen!“
Niemand starb im Lande Hungers,
Und die Reichen selber brauchten
Nicht zu hungern, mit den Armen
Nur den Ueberschuß zu teilen.

Es braucht niemand Hunger zu leiden, wenn dafür gesorgt wird, daß die vorhandenen Lebensmittel in gleicher Weise verteilt werden und daß nicht durch die Sucht nach hohem Gewinn Preise geschaffen werden, die es vielen Familien unmöglich machen, das Notwendige zum Leben zu kaufen. Das Büchlein von Millionären, das noch nie so erfolgreich geschah, wie in diesem Kriege, muß aufgegeben werden. Allein in der Stadt Breslau haben sich die Millionäre um 160 vermehrt, und das Gesamt-einkommen der Breslauer Steuerzahler ist im Jahre 1916 um rund 40 bis 50 Millionen Mark gestiegen. Was das heißt, tritt erst richtig in Erscheinung, wenn man berücksichtigt, daß viele Zehntausende der kräftigsten Männer

Breslaus, weil ins Heer eingezogen, außerhalb des Erwerb-lebens stehen. Diese Steigerung des Einkommens verteilt sich also auf einen verhältnismäßig viel kleineren Teil von Haushaltungen, wie das der Fall wäre, wenn die Zehntausende nicht eingezogen wären. Und dabei muß, um ein Bild über die allgemeinen Gewinnverhältnisse zu bekommen, bemerkt werden, daß Breslau noch keineswegs die Stadt ist, in der am meisten „verdient“ worden ist. Im Westen des Reiches sind noch ganz andere Goldberge entstanden. Die „Frankfurter Zeitung“ hat für die wichtigsten Betriebe von 19 Industriegruppen eine vergleichende Darstellung der wirklichen Kriegsgewinne vorgenommen; veröffentlicht wurden deren Ergebnisse in der Zeit von Mitte Oktober vorigen Jahres bis Januar 1917. Diese Statistik erstreckt sich auf die Jahre 1913, 1914 und 1915 und schließt auch Gesellschaften ein, deren Geschäftsjahr bis in die Mitte des Jahres 1916 reicht. Der Reingewinn der darin berücksichtigten 416 Gesellschaften ist in den drei Jahren von 578 Millionen auf 594 und 891 Millionen gestiegen, obwohl für Abreibungen und Rückstellungen vor Ermittlung des Reinertrages im ersten Kriegsjahr 129 Millionen und im zweiten Kriegsjahr sogar 304 Millionen Mark mehr aufgewendet wurden als im letzten Friedensjahr. Das Grundkapital der unterrichteten Gesellschaften betrug im Nennwert 4337 Millionen Mark. In der Zusammenfassung ergibt die Statistik der „Frankf. Ztg.“ folgendes Bild:

Gruppe	Jahr der Bericht- zeit	Gehalt (in 1000 Mk.)	Abreibungen und Rückstellungen von Reingewinn (in 1000 Mk.)			Reingewinn ohne Vortrag (in 1000 Mk.)			Durchschnitts- dividenden in Prozent			Dividenden, Sondergewinne usw. (in 1000 Mk.)			Rückstellungen aus Gewinn einschließl. Vortragsverhöhung (in 1000 Mk.)		
			1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16	1913 und 13/14	1914 und 14/15	1915 und 15/16
Berg- u. Hütten- werke	39	1648,5	186183	186014	262925	207164	194199	326507	9,00	7,70	12,20	140102	124142	200790	56468	78225	108968
Braunkohlen- industrie	20	231,85	21992	21850	25895	29819	26476	29830	10,40	9,70	10,80	24039	22487	24972	2969	2751	2479
Stahlwerke, Metall usw.	31	180,55	14326	19677	37892	26347	42687	85368	9,83	13,09	20,71	17756	28651	37400	5604	22539	42225
Maschinen	29	252,23	21874	20939	34049	33287	29462	46809	8,60	7,70	12,30	20687	19558	31101	8936	5927	8147
Schiffswerften	13	77,57	10947	13372	17217	3696	8032	10344	8,85	5,60	7,76	2986	4344	6024	995	2872	3323
Automobil- industrie	14	87,35	7319	9154	18933	11154	19587	38023	7,69	11,36	18,42	5976	9120	15355	3455	7417	18711
Elektr. Industr.	20	27,80	2784	35753	49000	77465	84461	103627	9,12	9,35	10,40	60064	64810	74146	9290	11024	16425
Zement	20	77,13	6530	4741	4027	10514	5286	— 35	9,41	4,80	1,88	7248	3099	1452	1698	1087	— 1298
Chem. Industrie	20	345,46	36223	36484	50375	85516	71272	90920	20,88	15,29	17,73	60165	48426	61240	12179	12381	18659
Sprengstoffe	18	91,75	5656	8558	12361	10598	16787	44980	14,23	14,26	22,75	8716	12724	20870	632	2119	17381
Textilindustrie	46	169,85	11341	16078	17344	20061	28233	33095	8,72	9,84	11,24	14803	16718	19089	2214	8598	12235
Gummi	18	52,57	7822	7739	9082	10824	10542	12192	17,24	13,31	14,99	9067	7001	7885	2055	3300	3474
Zellstoff, Papier	19	68,25	7883	12735	6936	10201	— 6616	3024	10,60	3,70	4,60	7362	2585	9229	1300	— 1281	300
Leber	20	47,65	2300	8606	21056	6331	13715	21243	6,00	12,00	19,00	3176	5616	9103	1162	6431	4120
Schuhfabriken	11	28,80	1932	2040	3863	2820	7168	5051	7,00	9,00	13,00	1955	2670	3100	464	1370	1989
Mühlen	17	86,29	2276	3642	8957	3771	9849	5992	7,03	10,53	10,79	2554	3833	8915	879	3297	1171
Zuckerfabriken	18	67,81	3024	5309	4445	10784	22320	18096	15,90	32,90	26,70	7698	13300	12479	899	5551	2303
Brauereien	30	107,58	10453	10963	11795	16616	16885	17743	8,41	9,29	9,52	8952	10001	10233	4951	3707	4165
Hotels	15	42,20	3727	5117	2744	1187	— 3355	— 1290	4,67	0,01	0,01	1972	290	290	1835	1923	— 177
Zusammen	416	4237,1	289122	438821	593399	578155	593790	891519	9,55	9,01	12,51	405288	394975	542678	117980	175288	268354

Diese Berechnungen können noch keinen erschöpfenden Nachweis der ganzen Gewinnfülle geben, denn neben den nicht erkennbaren „stillen“ Reserven werden nur zu oft auch Sonderrückstellungen als Rücklagen für die Kriegsgewinnsteuer usw. mit Fleiß versteckt. Hinzu kommen ferner noch Gewinnausschüttungen durch Kapitalserhöhungen unter Bedingungen, die den Charakter der Sonderdividende deutlich erkennen lassen, aber sich der statistischen Feststellung entziehen. Für das Jahr 1916 und 1916/17 haben Aktiengesellschaften in langen Reihen ihre Dividenden und Gewinnverteilungen in sonstiger Form gegenüber dem Vorjahr noch erhöht, während die ausgewiesenen Reingewinne nicht die entsprechende Steigerung auswiesen. Das erklärt sich daraus, daß die Verwaltungen in den vorhergegangenen Jahren kolossale Abreibungen und Rückstellungen gemacht haben, so daß sie sich darin nun mit Ruhe gewisse Beschränkungen auferlegen konnten.

Dafür kriegen dann auch die Leute, die sich den ganzen Winter mit dem Einsparen von Kriegsgewinnen schwer abplagen mußten, alles, was sie zum Leben brauchen, weil sie das nötige Geld haben. Wir haben es ja vor einigen Wochen erst in der Münchener alldeutschen Zeitschrift „Die Wirklichkeit“ geschildert bekommen, wie man, wenn man Geld aufwendet, auch heute noch alles kriegen kann. Kriegt man nicht daheim, dann kriegt man in einem idyllischen Badeort. Die Herrschaften, die in den inzwischen behördlich geschlossenen vornehmsten Berliner Weinrestaurants auf dem Wege des Schleichhandels erhaschte Lebensmittel und Leckerbissen verzehrten, die werden eben nun, nachdem ihnen diese Quellen verstopft sind, andere aufsuchen. In Teplitz-Schönau, schreibt die Teplitzer „Freiheit“, sitzen die Kurgäste und alle anderen Leute, die es sich leisten können, in den Gasthäusern, essen zwei- und dreimal die Woche Reis, täglich alle Arten feiner und ausgiebiger Speisen aus weißem Mehl — für Speisen, die drei bis fünf Dekagramm Mehl erfordern,

wird ein Mehlabschnitt abgenommen — außerdem gibt es noch immer lange Listen von Speisekarten, zehnt und mehr Speisearten werden dort aufgezählt. — Die Wiener „Zeit“ erzählt aus Budapest folgende aufreizende Schilderung des Lebens in den Sommerfrischen der Tatragegend: Im Tatragebiet herricht trotz der harten Kriegszeit noch immer der Milchkafee mit Oberschäum (Schlagjähne). Wahrhaftig märchenhaft wirken die Berichte, die aus den Sommerfrischen der Tatragegend zu uns gelangen. So melden beispielsweise die Zeitungen, daß in Tatragomniz nachmittags um die vierte Stunde Milchkafee oder Milchschokolade mit „Doppelschlag“, wie der schöne Kellnerausdruck für eine überreichte Portion Schlagobers lautet, den P. T. Gästen verabreicht wird. Eine Nachmittagsjause, die neben den mit dem wunderjamem Doppelschlag geschmückten Getränken auch noch Armeladen und Kuchen umfaßt, kostet im ganzen 2 Kronen. Die vornehmen Hotels in Jüred und Giorba weisen aber auch höhere Preise auf. Immerhin gibt es noch „ganze Pension“ und da steht Poprad mit 12 bis 15 Kronen an der untersten, Lomniz mit 20 bis 30 Kronen auf der obersten Staffel der Preisliste. Außerordentliches Lob findet das Weißbrot in den vornehmsten Gasthöfen. Es ist nicht nur was die Farbe, sondern auch was den Geschmack betrifft, eine rührende Erinnerung an die schönste Friedenszeit. Nach diesen Andeutungen würde es sich empfehlen, sofort die Koffer zu packen und in die Höhe Tatrago zu reisen, wo noch gute alte Sitten herrschen. Doch leider ist kein Plätzchen im Tatragebiet frei. Schon im Februar wurden alle Wohnungen für die Sommerzeit vermietet und derzeit herricht ein solcher Andrang dort, wie ihn die Tatrago noch nicht zu verzeichnen hatte.

So können die Reichen schon durchhalten.

Huldreich Zicherpe tot.

Auch unser Geschäftsführer in Burgstädt i. Sa., dem langjährigen früheren Erscheinungsorte unseres „Textilarbeiters“, ist als Krieger von dem grausamen Weltkriege dahingerafft worden im rüstigsten Mannesalter (41 Jahre). Er starb nach schwerem Leiden in einem Reservelazarett in Leipzig als Soldat. Mit Zicherpe wurde der Vortritt unserer Verbandsangestellten zum Kriegssopfer. Zicherpe hinterläßt außer seiner Gattin drei Kinder in tiefer Trauer. Auch der Verband wird seiner stets mit Schmerz gedenken und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Gewerkchaften und die Kohlennot.

Die Generalkommission hat unter dem 6. Juli an den damaligen Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. Seljferich, folgende Eingabe gerichtet:

„Die Unterzeichnete erlaubt sich, Euer Excellenz darauf aufmerksam zu machen, daß in der Kohlenversorgung, wenn nicht bald Eingriffe unternommen werden, um eine möglichst gleichmäßige Einschränkung des Verbrauchs und gleichmäßige Versorgung, besonders für Hausbrandkohle, herbeizuführen, die Schwierigkeiten von Tag zu Tag sich steigern und wir zum Winter in ganz unerträgliche Zustände kommen. Seit Monaten steht fest, daß der volle Bedarf des Kohlenverbrauchs nicht gedeckt werden kann. Auch die zur Steigerung der Produktion getroffenen Maßnahmen, die Bereitstellung von mehr Arbeitskräften, wird das Uebel nur mildern, nicht vollständig beseitigen können. Die Bevölkerung ist in großer Sorge, wie sie ihren Bedarf an Hausbrandkohle decken kann, und noch viel größer ist die Erbitterung und Unzufriedenheit darüber, daß eine gleichmäßige Einschränkung des Bedarfs bisher nicht herbeigeführt ist. Wir haben gegenwärtig den Zustand, daß der Kohlenhandel diejenigen Leute, die große Bestellungen machen können, voll beliefert. Zahlreiche Familien, die 10 000 und mehr Preßkohlen geliefert bekommen, sind aller Sorge enthoben, während der große Teil der Bevölkerung, der nicht die Mittel hat, große Einkäufe zu machen, eine Belieferung nicht erlangen kann. Dazu kommt, daß für den Winter der Bedarf für eine große Anzahl von Haushaltungen gedeckt werden soll, die keine Lagerräume haben und sich nur für den Zeitraum von Tagen oder Wochen eindenken können. Schon in einer Eingabe vom 19. Mai d. J. hat der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, dem alle Gewerkschaftsgruppen angeschlossen sind, und auch ein Teil der Angestelltenverbände, das dringende Ersuchen an Euer Excellenz gerichtet, dafür zu sorgen, daß eine Rationierung vorgenommen wird und zunächst eine gleichmäßige Belieferung aller erfolgt, die Kohlen lagern können. Man fragt sich vergeblich, weshalb eine so einfache Maßnahme nicht längst angeordnet werden konnte, weshalb nicht von vornherein die Rationierung durch die Ausgabe von Kohlenkarten festgelegt wird. Die Maßnahmen, die gegenwärtig getroffen werden, lindern die Notlage nicht. Die Gemeinden erlassen eine Umfrage, wie weit sich die Bevölkerung bereits eingedeckt hat. Diese Umfrage kann natürlich nicht verhindern, daß zunächst ganz unwahre Angaben gemacht werden, und es ist wohl auch kaum damit zu rechnen, daß diejenigen, die über ihren Bedarf oder die Quote hinausgegangen sind, die man bei der Rationierung ihnen zurechnen kann, nunmehr aus ihren Beständen etwas herausgeben. Es wäre sehr berechtigt, dies zu fordern. Wir verlangen es auch. Aber das Verbot und unglücklich Nachlässige in der Regelung der Kohlenversorgung tritt uns gerade mit dieser Maßnahme entgegen. Nicht mit Unrecht erhebt heute die minderbemittelte Bevölkerung den Vorwurf, daß von der Reichsregierung und auch von den Kommunalverbänden erst dann zur Rationierung gegriffen wird, wenn die besser bemittelten Schichten der Bevölkerung ihren Bedarf gedeckt haben. Das Unerhörte in der Kriegswirtschaft, was immer fast ausnahmslos bei allen Vorgängen zu beachten ist, daß man auf die Wünsche und Bedürfnisse der großen Masse der Bevölkerung nicht Rücksicht nimmt, tritt hier wieder recht kraß in die Erscheinung. Obwohl seit Monaten aus der Bevölkerung heraus der Wunsch geäußert ist, Einrichtungen zu treffen, die jedem eine Erparnis seines Bedarfs auferlegt, geschieht nichts. Wir haben wieder mit der Tatsache zu rechnen, daß im Winter sich Hunderte von Leuten vor den Geschäften anstellen müssen, um ein paar Preßkohlen zu erlangen. Es ist, als ob die Regierung aus allen Erfahrungen in der Kriegswirtschaft nichts gelernt hat und achtlos vorübergeht an allen Erscheinungen, die zur schweren Unzufriedenheit in unserer Bevölkerung Anlaß geben und nur den bestehenden Schichten das Auskommen und Aushalten möglich machen. Wir halten es für erforderlich, daß neben der Rationierung schon jetzt für die Wintermonate die Erparnisse an Heizmaterial und der Verbrauch zu Leuchtzwecken geregelt werden. Als solche Maßnahmen denken wir uns, daß überall, wo es möglich ist, die durchgehende Arbeitszeit eingeführt und ein frühzeitiger Schluß der Betriebe angeordnet wird. Nachdem für die offenen Verkaufsstellen ein frühzeitiger Schluß angeordnet ist, muß die weitere Herabsetzung der Geschäftszeit angeordnet werden. Vor allem hat der frühzeitige Geschäfts-schluß in den Kontoren, Bureaus und Engrosgechäften zu erfolgen. In allen diesen Fällen muß darauf hingewirkt werden, die Tageszeit auszunutzen und die Arbeitszeit möglichst zusammenzudrängen, um Erparnisse zu erzielen.

Vor allem halten wir aber unverzüglich die Inangriffnahme der Rationierung für dringend erforderlich und die Beseitigung des skandalösen Zustandes, daß einige Personen sich auf Kosten der Allgemeinheit mit Vorräten versehen. Wir stellen deshalb nochmals das dringende Ersuchen, im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung die Maßnahmen zu ergreifen, die einen Ausgleich des Kohlenverbrauchs und eine gesicherte Versorgung garantieren. Wir lehnen jede Verantwortung ab für die Zustände, die sich im Winter entwickeln müssen, wenn durch die Nachlässigkeit der Behörde ein Zustand in der Kohlenversorgung eintritt, dem die Gesundheit der Bevölkerung nicht mehr standhalten kann.“

Tit es wahr?

Es ist wahr, daß der Betrieb der Firma Vereinigte Märkische Tuchfabriken in Lützenwalde geschlossen werden soll?

Es ist wahr, daß die Schließung vom Unternehmerverband der Niederlausitzer Tuchindustrie bei der „zuständigen Stelle“ beantragt worden ist, und daß der Betrieb in vier Wochen, vom 1. August an gerechnet, zum Stillstand kommt?

Es ist wahr, daß die Schließung beantragt wurde, weil die Leistung des zu schließenden Betriebes eine weitere Lohnerhöhung gewährt und dadurch gegen die Unternehmerorganisation Kontraktbruch begangen haben soll?

Diese Fragen werfen sich auf infolge einer Mitteilung, die uns aus Lützenwalde gemacht wurde, und infolge Anfragen aus den märkischen Tuchstädten, die in dieser Sache an uns gelangten. Es wurde uns mitgeteilt, daß der genannte Betrieb innerhalb vier Wochen geschlossen werden solle. Als Grund zur Schließung wurde Kontraktbruch angegeben und es wurde die Auffassung vertreten, daß dieser Kontraktbruch bestehen solle in der noch maligen Bewilligung einer Lohnerhöhung an die Arbeiter. Weiter wurde mitgeteilt, die Lausitzer Unternehmervereinigung habe den Antrag gestellt, den Betrieb zu schließen.

Die ganze Sache klingt uns so ungeheuerlich, daß wir nicht umhin können, sofort obige Fragen zu stellen.

Wir geben dabei nachstehend bekannt, was an Einzel-löhnen pro Stunde im März, dann nach der ersten Lohnerhöhung im April 1917 gezahlt wurde und nun jetzt in dem Betriebe gezahlt wird.

Woherei:	März	Lohn vom 28. April	28. Juli
Stundenlohn	24 Pf.	40 Pf.	52 Pf.
Decken pro 1000 Schuß	—	19	23
Boilache pro 1000 Schuß	—	21	27
Papier 1000	—	—	30
Anknüpfen pro 100 Fäden	4	7	10
100 Papier	—	—	15
Schützenlöcher bei Papierarbeit pro Stunde	—	—	50
Kettenschärer:			
Handschärer pro Pfund	—	2	4
Maschinenschärer pro Pfund	—	2	3 1/2
Anstecher pro Pfund	—	1 1/2	2 1/2
Maschinenschärer, Stundenlohn	—	97	48
Handschärer, Stundenlohn	—	41	58
Anstecher, über 16 Jahre	—	30	39
Spuler:			
Im Alford, pro Pfund	—	2 1/4, 2 3/4	4
Im Stundenlohn	30	35	40
Ausnäher, Knoter, Kopper:			
Im Stundenlohn	24	35	45 1/2
Im Alford, Dornenburg p. St. kleine Decken	—	—	45
Boilache	—	—	58 1/2
Spinnerei:			
1. Spinnerin, Alfordmindestl.	24	40	52
2. " " "	22	37 1/2	50
3. " " "	20	35	48
Krempelerei:			
An der Vorrichtung	22	35	48
An anderen Maschinen	22	35	47
Wolfer:			
Stundenlohn	30	47 1/2	59-61
Reißer:			
Hilfsarbeiter	30	44	52-58
Hilfsarbeiterinnen	25-27	35	46
Reißerinnen	20 1/2	30	39
Zwirnerei:			
1. Zwirnerin, Alfordmindestl.	—	37	48
2. " " "	—	35	46
Auspüßer:			
Stundenlohn	27, 28	38	38
Walterei:			
Männer, Stundenlohn	34	41, 45, 48	52-58
Frauen	27	33, 35, 40	49
Rauherei:			
Männer, Stundenlohn	31	41	38
Frauen	25	33	43
Appretur:			
Männer, Stundenlohn	—	44	57
Frauen	—	30	39
Fahrstuhl, Stundenlohn	40	40	52
Jugendliche unter 16 Jahre	—	20	25

Arbeitszeit wöchentlich 56 Stunden; Sonnabends bis mittags 12 Uhr, bis bessere Ernährung eingeführt ist.

In dem Betriebe waren am 23. Juli 1917 zusammen 374 Personen beschäftigt, es ist also in normaler Zeit ein ganz ansehnlicher Betrieb.

Dort, wo keine Märzlöhne angegeben sind, beruht das darauf, daß entweder jetzt andere Artikel hergestellt werden, oder daß die Stundenlöhne ganz willkürlich festgesetzt wurden.

Die Nachricht von der beantragten Schließung dieses Betriebes wird bei der Textilarbeiterchaft in der Tuchindustrie der Niederlausitz wirken wie ein Bombeneinschlag. Denn es dreht sich hier nicht um ein Gerücht, das plötzlich auftaucht, ohne daß man weiß, von woher es gekommen ist, sondern es handelt sich um eine Mitteilung von einer Person, die von den Dingen unterrichtet ist. Die „zuständige Stelle“, das ist doch das Kriegsamt, wird nicht umhin können, sofort Mitteilung zu machen, ob und warum der Antrag auf Schließung des Betriebes gestellt worden ist und ob der Betrieb geschlossen wird. Sollte der Antrag gestellt worden sein wegen der erfolgten Erhöhung des Lohnes, so ist es natürlich ganz ausgeschlossen, daß ihm das Kriegsamt stattgeben kann; denn schon die Stellung eines solchen Antrages wäre ein Akt beispielloser Erpressung. Die gesamte Textilarbeiterchaft würde aufschreien, wenn sich das Kriegsamt zum Vollstrecker solcher Wünsche machen würde. Es muß also sofort Aufklärung gegeben werden, denn die Aufregung unter der bedrohten Textilarbeiterchaft in Lützenwalde ist ungeheuer. Aber auch schon über Lützenwalde hinaus hat diese Aufregung uns sich gegriffen, das beweisen die erwähnten Anfragen. Denn selbstverständlich hat eine solche aufsehenerregende Aktion nicht nur lokale Bedeutung. Es würde sich hier vielmehr handeln um einen Angriff auf die Existenz aller Textilarbeiter. Aber ebenjowenig wie wir beim Kriegsamt damit durchdringen würden, wenn wir verlangten, Arbeiter von der Arbeit auszuschließen, die sich nicht an die unter den Arbeitern vereinbarten Abmachungen halten, ebenjowenig kann das Kriegsamt einen Betrieb schließen, weil der Inhaber sich nicht an Abmachungen

hält, die in Sachen der Löhne zwischen den Unternehmern vereinbart worden sind. Deshalb unterlassen wir es auch zunächst, näher auf die Sache einzugehen. Das Kriegsamt wird aber nicht umhin können, sofort jeden Zweifel zu beseitigen über seine Haltung einem solchen Antrage gegenüber.

Wie steht es um die Versorgung der Menschheit mit Baumwolle?

Vor dem Kriege konnte man sich das Leben der Menschen ohne Versorgung mit Baumwolle nicht vorstellen. Baumwolle schien die Lebensbegleiterin der — heute müssen wir sagen — jenen genannten kultivierten Menschen zu sein, von der Wiege bis zum Grabe. Gebrauchsartikel aus Baumwolle, insbesondere für Wäsche und Kleider, fanden von Jahr zu Jahr in aller Herren Länder immer größeren Absatz. Das hatte dazu geführt, daß schon vor dem Kriege die Frage ventiliert wurde: werden wir auch immer genügend Baumwoll-faser haben? War aber diese Frage in den letzten Jahren vor dem Kriege mehr eine Art Spielball, mit dem die Ausfuhr- und Baumwollspekulant gegenwärtige Spekulationsspiele ausfochten, so ist diese Frage heute eine Frage mit sehr sachlicher Berechtigung. Für Deutschland und seine Verbündeten in diesem Kriege stehen die Dinge schon seit länger denn Jahresfrist so, daß von den Haupterzeugungsländern, Nordamerika, Indien und Ägypten, keine Baumwolle mehr hereinkommt, weil die gegen Deutschland und seine Verbündeten kämpfenden Staaten, unter Anführung Englands, keine Rohstoffe aus überseeischen Ländern nach Deutschland hereinlassen. In diesem imperialistischen Kriege ist es das Hauptkriegsziel, die deutsche Weltindustrie, innerhalb der die deutsche Baumwollindustrie mit an herborragendster Stelle steht, auf recht lange hinaus zu schädigen. Was im Orient, in den Gebieten, die der Türkei angehören, an Baumwolle erzeugt wird, das bekommen Deutschland und Oesterreich heute herein und verarbeiten es. Das von dort kommende Quantum reicht natürlich bei weitem nicht für den Bedarf der vorhandenen Betriebe; aber es reicht in Verbindung mit der in größerem Umfange vorgenommenen Erzeugung von Flachs, um den in diesem Kriege nötigen Bedarf an Körper-wäsche usw. zu decken. Dazu kommt dann das Papier-garngewebe, das in kräftigeren Webwaren auch für Bekleidungs-zwecke guten Ersatz liefert und dem in der Verfeinerung auch ungewöhnlich noch vieles gelingen wird. Wir können also sagen, daß wir eigentlich augenblicklich keine Baumwollfaser haben.

Andererseits scheinen die Dinge zu werden in den neutralen, am Kriege nicht beteiligten Staaten, aber auch in den Staaten, die sich mit Deutschland im Kriege befinden und die nicht Baumwollherzeugungsländer sind. Vor allem scheint die englische Baumwollindustrie in ihrer vollen Produktion bedroht. England besitzt an 60 Millionen Baumwollspindeln. Und wenn es auch viel seine Garnnummern spinnt, so benötigt es sicher nahe an 4 Millionen Ballen pro Jahr; wovon zwei Drittel bis drei Viertel von Nordamerika bezogen werden. Nun sind es aber nicht nur die durch den U-Boot-Krieg herbeigerufenen Transport-schwierigkeiten, die Englands und seiner europäischen Verbündeten ausreichende Baumwollversorgung unmöglich macht, sondern es ist vor allem die schlechte Baumwollerntete Amerikas im verflochtenen und die noch schlechtere Ernte in diesem Jahre, welche diese Baumwollversorgung bedroht. Im vorigen Jahre betrug die amtliche Beugachtungsziffer der nordamerikanischen Baumwollerntete für den Monat Juli 81,1, in diesem Jahre beträgt sie 70,3. Man erwartet daher in diesem Jahre eine Ernte von nur 11 630 000 Ballen. Demgegenüber betragen die bisherigen amerikanischen Baumwollernteten:

1913/14:	14,61 Millionen	1914/15:	15,06 Millionen
		1915/16:	12,96 Millionen

In der Abnahme gegen die Jahre 1913/14 und 1914/15 zeigt sich deutlich die Wirkung des Mangels an Kali und des Fehlens geeigneter Arbeitskräfte.

Mit dem Kali, dem Dünger für die ausgedehnte Plantagenwirtschaft, die mit Tierdünger nicht bestritten werden kann, ist Nordamerika auf Deutschland angewiesen. In Deutschland ist das Kali in Unmengen vorhanden, es konnte aber nicht nach Amerika geschafft werden, da England die deutsche Seeschifffahrt nach Amerika unmöglich machte und Amerika nichts tat, um England zu zwingen, den deutsch-amerikanischen Handel frei passieren zu lassen. Jetzt, wo Amerika mit zu den Feinden Deutschlands gehört, bekommt es natürlich erst recht kein Kali, so daß die nächstjährige Baumwollerntete aller Wahrscheinlichkeit nach noch schlechter ausfallen dürfte wie die diesjährige.

Hier tritt eine interessante Tatsache zutage; die Tatsache nämlich, daß Deutschland mit seinem Baumwollbezug durch-aus nicht so von Amerika abhängig ist, wie es manchmal hingestellt gesucht wird, nämlich nicht so, daß es ihm auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wäre. O nein! Deutschland hat im Bezug von Kali einen wichtigen handelspolitischen Trumpf in der Hand, um Amerika zum Nachgeben zu bringen. Gewiß! Deutschland braucht die Baumwolle Nordamerikas, um seine Baumwollfabriken zu beschäftigen. Aber Nordamerika braucht vorher Deutsch-land's Kali, um seine Weizen- und Baumwoll-felder zu düngen und in einen Zustand zu versetzen, daß die amerikanische Landwirtschaft prosperiert. Ohne uns Baumwolle zu verkaufen, würde natürlich Amerika kein Kali bekommen. Wir sind mit dem Bezug von Baumwolle lange nicht so abhängig von Nord-amerika, wie dieses von uns abhängig ist mit dem Bezug von Kali. Wir können, wenn uns Amerika dazu zwingen würde, das Kali auch nach Mesopotamien oder in andere, den gegenwärtigen Feinden Deutschlands nicht unterstehenden, aber für die Baumwollherzeugung geeigneten Ländergebiete liefern und von dort die Baumwolle beziehen, die wir benötigen. Das läßt sich machen. Dann aber würde das bedeuten den Ruin der nordamerikanischen Plantagenwirtschaft.

Heute, während des Krieges, mit der durch ihn veran-lassten Preissteigerung für Weizen und Baumwolle, vermag sich die nordamerikanische Landwirtschaft auch bei schlechten Ernten zu erhalten, vielleicht vermag sie sogar günstig zu prosperieren. Das ändert sich aber sofort, wenn der Kriegszustand vorüber ist und die Völker beginnen, sich nach der Decke zu strecken. Heute fragt kein am Kriege beteiligter Staat nach dem Preis der Baum-

Wolle, die für Seereschiffe verbraucht wird. Ist aber der Krieg vorbei, dann gilt es für die finanziell aufs äußerste erschöpften Völker, sich äußerst sparsam einzurichten und so wird man eben zu billigeren Erzeugnissen greifen, anstatt solche Preise zu zahlen, wie sie heute für amerikanische Baumwolle gefordert werden. Wir erinnern uns noch, welches Geschrei vor einigen Jahren in der Presse der Baumwollinteressen erhoben wurde, als berichtet wurde, die nordamerikanischen Baumwollpflanzer erstrebten so etwas wie ein Privatmonopol, um einen ständigen Baumwollpreis von 16 Cents = 64 Pf. pro engl. Pfund zu erlangen. Weit, weit überholt ist heute diese Sache. Kurz nach Kriegsausbruch betrug der Baumwollpreis in den Vereinigten Staaten 8 Cents. Er stieg dann auf 13,75 Cents im Jahre 1915, belagte 21 Cents im Jahre 1916 und steht jetzt auf 25 1/2 bis 26 1/2 Cents. In England sind die Preise noch erheblich mehr gestiegen. Vor Kriegsausbruch kostete das Pfund Baumwolle in Liverpool 6 Pence. Im Januar 1916 kostete Baumwolle 7,82 bis 8,35 Pence, im Dezember 1916 10,09 bis 12,21, und hat jetzt die stattliche Höhe von über 18 Pence erreicht. Das sind nach deutschem Gelde 1,45 Mk. pro Pfund engl.

Ein solcher Baumwollpreis ist natürlich auch nicht dazu angetan, dem englischen Welthandel mit Baumwollwaren die Segel zu blähen. Auf Lager läßt sich aber bei so hohen Preisen ohne das Risiko großer Verluste auch nicht arbeiten. Die englische Baumwollindustrie gerät also, je länger der Krieg dauert, ebenfalls in immer größere Schwierigkeiten. Aus englischen Blättern ist zu ersehen, daß man dort auch vor staatlichen Maßregeln steht, durch welche die Erzeugung von Baumwollwaren eingeschränkt werden soll. „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die Baumwollkontrollbehörde empfohlen wird, die Spinnereien nur an vier Tagen in der Woche arbeiten zu lassen. Es droht also der Zustand einzutreten, daß der Knüppel seinen Herrn schlägt. England war es, welches den Knüppel der Seejeppe schwang, um nun letzten Endes selbst die kräftigsten Schläge damit zu bekommen.

Aber auch die neutralen Staaten sollen nun in die Baumwollnot getrieben werden. Es verlautet, daß der Präsident Wilson beabsichtigt, die Ausfuhr von Baumwolle in neutrale Länder ganz zu verbieten, um die amerikanischen Baumwollbestände, soweit sie nicht im eigenen Lande aufgebraucht werden, für die Bundesgenossen zu reservieren. Das würde die Textilarbeiter in Holland, Dänemark, Schweden, Spanien und in der Schweiz sehr hart treffen. Da trifft es sich gut, daß unsere Kollegen in diesen Ländern erfahren haben, daß Deutschland an der Weiterführung des Krieges unschuldig ist. Die große Mehrheit der Vertretung des deutschen Volkes hat im Reichstag am 19. Juli cr. die Kundgebung für einen Frieden ohne Annexion und ohne politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigung erlassen und den neuen Reichskanzler zu der Erklärung veranlaßt, daß er keine Vergewaltigungsfrieden, sondern einen Verständigungsfrieden erstrebe, der sich im Rahmen der vom Reichstag angenommenen Kundgebung durchführen lasse. Das wäre eine Basis, auf der sich die schwer leidenden Völker zusammenfinden könnten, um endlich die Mordart zu begraben. Wenn freilich Deutschland zerstückelt werden soll, wenn französische Imperialisten nicht nur Elsass-Lothringen, sondern, wie jetzt bekanntgemeldet ist, auch das Kohlenbecken der Saar, ja, die ganze Rheinprovinz von Deutschland losreißen wollen, da ist es ganz unmöglich, „ja“ dazu zu sagen. Denn hier kommt ein Faktor in Betracht, der für die deutsche Baumwollindustrie von entscheidender Bedeutung ist. Elsass ist reich an Kalialagern, die erst vor wenigen Jahren erschlossen worden sind. Geht das Elsass an Frankreich, und damit handelspolitisch an die Entente verloren, dann schlägt man Deutschland den Trumpf aus der Hand, den es Amerika gegenüber besitzt, um es zur Abgabe von Baumwolle zu bringen. Denn kann Amerika das Kali von Frankreich aus dem ihm einverleibten Elsass bekommen, dann steht es Deutschland gegenüber erheblich unabhängiger da. Für die Baumwollversorgung Deutschlands nach dem Kriege ist es daher unerlässlich, daß Deutschlands Ländergebiet unzerstückelt diese Katastrophe des Weltwahnsinns übersteht.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

In der Zeit vom 24. bis 26. Juli fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die wiederum eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Vor Beginn der Beratungen gedachte der Vorsitzende des vor wenigen Tagen verstorbenen Genossen Diehl-Frankfurt a. M., des Leiters des Dachdeckerverbandes, dessen Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wurde. Der Geschäftsbericht der Generalkommission wurde in drei Referate eingeteilt. Legien berichtete über den gewerkschaftlichen Teil, Bauer über die Hilfsdienstfragen und R. Schmidt über die Ernährungsfragen. Der Bericht Legiens erstreckte sich auf die Unterstützung der Arbeitersekretariate, insbesondere des Braunschweiger Bezirkssekretariats, das von dem örtlichen Sekretariat abgetrennt wurde, über die Rüstungsarbeiterstreiks und die Stellungnahme der Generalkommission dazu, über den Beitritt der letzteren zum „Roten Kreuz“, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Sammlungen für Kriegsbeschädigte sowie über einige Fragen der Kriegs- und Übergangswirtschaft, wobei besonders die Einschränkung des Papierverbrauchs das Interesse der Gewerkschaftspresse berührt. Einen vom Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes gegen die Haltung der Generalkommission gerichteten Antrag, der verlangt, daß die Generalkommission nicht bloß mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch mit der Vertretung der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenwirken soll, wies er mit der Begründung zurück, daß das von den Gewerkschaften getroffene Mannheimer Abkommen mit der Partei nur die eine Partei und die eine Reichstagsfraktion kenne.

In der Debatte wurde die Übergangswirtschaft, die Stellungnahme zur Friedenskundgebung des Reichstags, das Zusammenwirken mit der Partei und mit anderen Gewerkschafts- und Angestelltenverbänden, die politische Streikpropaganda und die Drucklegung der Konferenzprotokolle besprochen. Es wurde beschlossen, die letzteren nur im Auszuge

durch Wiedergabe der Beschlüsse mit entsprechenden Kommentaren zu veröffentlichen. Ein Antrag, eine Studienkommission für Übergangswirtschaft und Handelsvertragsfragen einzusetzen, wurde der Generalkommission zur Prüfung der hierzu notwendigen Einrichtungen, Kräfte und Mittel überwiesen. Fernerhin soll die Generalkommission mit der zuständigen Reichsleitung für Übergangswirtschaft über die Zuziehung von Arbeitervertretern zu den Selbstverwaltungskörperschaften (Industrie- und Gewerbegruppen) verhandeln. Die Notwendigkeit einer Neuregelung der Gehälter der Angestellten der Generalkommission wurde allseitig anerkannt und eine Kommission mit den Vorarbeiten hierfür betraut. Der Antrag des Vorstandes des Handlungsgehilfenverbandes wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Der Bericht Bauers über Hilfsdienstfragen behandelte die Befreiungen vom Hilfsdienst, die Ausschüßwahlen und die Bestrebungen der Selben, in die Ausschüsse hineingelangen, sowie die bisherigen Erfahrungen aus der Wirksamkeit des Hilfsdienstgesetzes (Lohnfragen, Beschäftigung und Organisierung der Ausländer, Arbeitsvermittlung, Versammlungsrecht und Beschwerden). Besonders befreunden die Mitteilungen des Redners über die Aufhebung des Versammlungsrechts durch die Kommandobehörde des sächsischen Armeebezirks aus Anlaß von wilden Bergarbeiterstreiks, die mit dem Hilfsdienstgesetz nicht zu vereinbaren ist. Hierzu wurde beschlossen:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände erhebt gegen die von den stellvertretenden Generalkommandos des I. und VI. Armeebezirks erlassenen Verordnungen über die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts entschiedenen Protest.“

Durch jene Verordnungen wird den gewerkschaftlichen Organisationen die Erfüllung ihrer Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, unmöglich gemacht. Die Verordnungen verstoßen gegen den § 14 des Gesetzes betr. den vaterländischen Hilfsdienst und sind nicht zu vereinbaren mit den mehrfach von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen, wonach den Gewerkschaften auch unter dem Belagerungszustand weitgehendste Bewegungsfreiheit zugesichert werden soll.

Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, schnell mit den zuständigen Regierungsstellen in Verbindung zu treten, um eine Aufhebung jener Verordnungen herbeizuführen. Sie erklärt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes unbedingt notwendig ist, damit endlich das gesetzlich garantierte Vereins- und Versammlungsrecht wieder ungehindert ausgeübt werden kann.“

Ferner wurde gegen einen Erlaß des Kriegsamts, der die Hilfsdienstpflichtigen am Arbeitswechsel wegen Erstrebung höherer Löhne behindert, Einspruch erhoben und die Generalkommission beauftragt, mit dem Kriegsamt über die Zurückziehung dieses Erlasses zu verhandeln.

Der Bericht von R. Schmidt über Ernährungsfragen behandelte die seit der Herabsetzung der Brotration eingetretenen Phasen in der Volksernährung, wobei er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß der Brotgetreide- und Kartoffelmangel zu einem guten Teil auf die Verfütterung der zu menschlicher Ernährung bestimmten Vorräte an das Vieh verursacht sei. Er erörterte dann die Mißstände bei der Gemüße- und Obstversorgung und die Bewirtschaftung der neuen Ernte, sowie die Regelung der Kohlenversorgung. Ein Beschluß wurde zu diesem Teile des Geschäftsberichts nicht gefaßt.

Danach erstattete Bauer den Bericht von der Internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm, die die Verständigung der Arbeiterparteien aller Länder herbeiführen sollte. Die Generalkommission hat zu diesen Beratungen drei Vertreter delegiert. Wenn die Konferenz auch das für sie vorgesehene Ziel nicht erreicht hat, so hat sie doch wenigstens bei den ausländischen Arbeiterparteien Aufklärung und Verständnis für die wirkliche Situation und die Friedensziele der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gebracht. Ganz besonders ist zu begrüßen, daß der russische Arbeiter- und Soldatenrat darüber informiert werden konnte und dadurch der internationalen Verständigung ein einflußreicher Förderer erworben wurde. In der Aussprache über die Friedensbestrebungen wurde von einer Seite das Zusammenwirken der Generalkommission mit der Partei sachlich angegriffen. Von einigen Rednern wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Generalkommission die Delegation zu solchen Konferenzen der Vorständekonferenz zur Beschlussfassung unterbreiten möge. Mit der Haltung der Gewerkschaftsvertreter erklärte sich die Konferenz einverstanden. Die Generalkommission wurde ermächtigt, auch weitere Friedenskonferenzen dieser Art mit Gewerkschaftsvertretern zu beschicken. Einstimmig beschloß die Konferenz folgende Zustimmung zur Friedenskundgebung des Deutschen Reichstags:

„Die Gewerkschaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt hat.“

In der Gesamtheit der Arbeiterbewegung, deren Interesse die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen Beendigung des Krieges durch Verständigung der Völker nicht nur einmütige Zustimmung; die Arbeiter Deutschlands sind auch bereit und entschlossen, mehr noch wie schon seither ihre Kräfte für die baldige Erreichung dieses Zieles einzusetzen.“

Aus der Textilindustrie.

General Gröner gegen Mindestlöhne.

Wie die gesamte Textilarbeiterchaft Deutschlands, so streben auch die Czulengebirgsweber und ihre Hilfsarbeiter nach Festlegung von Mindestlöhnen. Eine dreijährige Zeit der Sorge und Not lehrte sie erkennen, daß nur eine vereinbarte garantierte Mindestlohnsumme sie einigermaßen vor dem Hunger zu schützen vermag. Die Rentabilität der Textilbetriebe im Kriege gestattet diese Festlegung. In Bayern sind für die gesamte Papiergarnverarbeitung mit Hilfe des Kriegsministeriums bereits solche Mindestlöhne festgesetzt und für Sachsen gelten entsprechende Vereinbarungen bereits für große Bezirke. In Reichenbach i. Sächl. fanden dieser Tage Einigungsverhandlungen statt, an welchen die Vertreter des Arbeitgeberverbandes und der Arbeiterorganisationen teilnahmen. Dabei wies der Reichstagsabgeordnete Fackel u. a. auch auf die wohlwollende Stellung verschiedener Militärbehörden zu den Arbeiterbestrebungen hin. Als Antwort

hierauf stellte der Vorsitzende des Verbandes sächsischer Textilindustrieller Herr Fabrikant Fleischer aus einer Mitteilung der Kriegsstelle Breslau fest, daß die Kriegsamter des ganzen Reiches auf einer Konferenz in Berlin von der unter General Grönners Leitung stehenden Centrale die Weisung erhalten haben, künftig Mindestlöhne nicht mehr zuzulassen. Vom Gauleiter Tritsch wurde weiter erklärt, daß ein Schreiben mit entsprechender Weisung auch an den Vorsitzenden der Schlichtungsstelle Liegnitz ergangen und von diesem gelegentlich einer Verhandlung in den letzten Tagen verlesen worden sei.

Es ist bezeichnend, daß diese Maßregeln ergriffen wurden, ohne vorher mit der Arbeiterorganisation Rücksprache zu nehmen. Jedenfalls sind die schwer leidenden und darbenenden Textilarbeiter durch diese Stellungnahme des Generals Gröner in ihrem Streben um Besserung ihres Lohnneinkommens außerordentlich behindert.

★ **Mitgliedergewinne.** Erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl hat die Filiale Hoff. B. zu verzeichnen. Neu aufgenommen wurden in diesem Jahre 766 Mitglieder, seit 1. Juli allein 303. So ist's recht! Nur frisch ans Werk! — Im Gau Schleisien ist im 2. Quartal die Mitgliederzahl von 6892 auf 9091 gestiegen. In Friedland beispielsweise betrug die Zunahme 106, in Langenbielau 126, in Blumenau 204, in Grünberg 216, in Sagan 244, in Zillertal 452, in Landeshut 606.

★ **Die Arbeiter-Anhörungskommission** in der sächsisch-thüringischen Färbereindustrie wurde wieder einmal angehört. Ihr wurde am 7. August d. J. Mitteilung gemacht von dem Beschlusse der Generalversammlung der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien vom 31. Juli 1917, der dahingehet, daß der Mindeststundenlohn für männliche Arbeiter, über 18 Jahre alt und über 6 Monate ununterbrochen in der Branche tätig, von 45 auf 50 Pf. erhöht werden soll und der der Arbeiterinnen von 28 auf 30 Pf. Die Kommission erklärte, daß es keinen Zweck hätte, dieses Zugeständnis den Arbeitern zu unterbreiten, da sie sich keinesfalls damit zufrieden geben würden. Es wurde nun der Vorschlag gemacht, daß die Kommission eine Mindestforderung stellen möchte, die dann der Generalversammlung der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färbereien zu unterbreiten wäre. Die Kommission beschloß nach getrennter Beratung, daß sie bei den Arbeitern den Vorschlag zur Annahme unterstützen werden, daß von einem noch zu verabredenden, aber möglichst frühen Zeitpunkt ab,

der Mindeststundenlohn für männliche Arbeiter, die über 18 Jahre alt und über 6 Monate ununterbrochen in der Branche tätig sind, auf 60 Pf. erhöht werden soll; der der Arbeiterinnen über 16 Jahre alt von 28 auf 40 Pf.

Die Staffellöhne bleiben. Affordarbeiter dürfen nicht unter dem Mindeststundenlohn verdienen; sie müssen sich aber, falls die Affordarbeit nicht langt, anderweit beschäftigen lassen. Die Arbeitgeber-Mitglieder der Konvention werden diesen Vorschlag sofort einer Generalversammlung unterbreiten, von deren Beschluß die Kommission sofort zu unterrichten ist.

★ **Die Einführung von Mindeststundenlöhnen**, auch für Affordarbeiter, haben die Arbeiterausschüsse bei den Webfabrikanten in Gera am 8. August beantragt. Es wird verlangt: für Arbeiter 65 Pf., für Arbeiterinnen 55 Pf.

Die Forderung ist so zu verstehen, daß wenn im Affordlohn weniger Einkommen erzielt wird, als an Mindeststundenlohn vereinbart ist, an jedem Zahltag das Fehlende vom Arbeitgeber zuzuzahlen ist. Es muß daneben natürlich auf Festsetzung guter Affordlöhne gehalten werden, damit dieser Mindestlohn nicht zum Höchstlohn wird.

★ **Das Papiergarngewebe** findet in der Wirtschaft und im Haushalt der Menschen immer umfangreichere Verwendung. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt darüber:

„Durch die kürzlich herausgekommene Verfügung, die den Hotels, Restaurants und ähnlichen Betrieben die Abgabe von Tischtüchern und Servietten verbietet und die Verwendung von Handtüchern und Bettwäsche einschränkt, ist dem Papiergewebe schon ein weites Feld eröffnet. Aber mit der Tisch- und Bettwäsche sind keine Verwendungsarten noch keineswegs erschöpft. Wir werden auch Hemden und andere zur Leibwäsche gehörende Stücke aus dem neuen Material bekommen, allerdings wird es dazu noch erheblich verfeinert werden müssen, denn die empfindliche menschliche Haut würde das Gewebe in der starren Form, die es im vorläufigen Stadium noch zeigt, nicht vertragen. Doch unsere Industrie bemüht sich energisch um die Verbesserung des neuen Stoffes, und da sie während der Kriegsjahre schon eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit bewiesen hat, darf man erwarten, daß sie auf diesem Gebiet ebenfalls das möglichste leisten wird.“

Es gibt lozes und festes Papiergewebe; das loze gleicht etwa dem Kanavas oder Kongrestoff, wir sehen es naturfarbig, als Bezug von Matratzen. Gleichfalls naturfarben ist ein ziemlich grobes Gewebe, aus welchem Handtücher hergestellt sind, die wie ungebleichte, billige Handtücher aussehen; gewöhnliche Exemplare hatten durch das allerdings nur einmalige Waschen nicht gelitten. Die Papiergewebe können eine starke Wäsche im Seifenwasser von etwa 45 Grad Celsius vertragen; vorheriges Weichen oder Kochen ist unbedingt zu vermeiden. Das Auswringen erfolgt am besten mit der Wringmaschine.

Vielfach wird das neue Gewebe als Einlage für Damen- und Herrenmäntel, für Herren- und Knabenanzüge sowie für Krawatten benutzt. Ferner gelangt es für Tapissierzwecke häufig zur Anwendung. Es existiert schließlich schon ein weißes Papiergewebe, das ungefähr wie Schirting wirkt und zur Bekleidung von Toten dient.

Weiter hat man bereits ganz starke, dunkelblaue Gewebe für Monteuranzüge, Arbeiterjacken, Schürzen und sonstige Arbeiterkleidung. Ähnlich wie Kattun wirken die dunkelblauen, zweiseitig mit weißen Streifen oder kleinen Punkten bedruckten Gewebe für Frauenkleider, daneben gibt es modifarbig und

bordeauxrote bedruckte Stoffe für Kinderhürzen und dergleichen, denen die papierne Herkunft kaum anzumerken ist.

Für die Berufskleidung dürften die Papiergewebe zunächst wohl hauptsächlich in Betracht kommen, da sie für Wäsche noch nicht fein genug sind. Bis zum Ende des Jahres wird man, nach der Versicherung von Fachleuten, ein gutes Papierleinen haben, das namentlich für Wäschanzüge gedacht ist; mit Bestimmtheit sind auch bis dahin Knabenblusen und Sporthemden aus Papier zu erwarten. Die weißen Ueberkragen zu Knabenmatrosenanzügen wird es in kurzem überhaupt nur noch aus Papier geben!

Herrenbeinkleider als Ersatz für Stoffhosen gibt es schon, sie sind dunkel- oder hellgestreift, imprägniert und sollen Regen gut vertragen. Da für das kommende Frühjahr Papieranzüge bestimmt in Aussicht gestellt sind, werden vermutlich auch die Damenröcke und -blusen nicht lange auf sich warten lassen, doch müssen hierfür die noch recht steifen Gewebe erheblich schmiegiamer hergestellt werden.

Gutachterkommission für Textilrohstoffe in Sachjen. Der Verband sächsischer Industrieller hat die Errichtung einer Gutachterkommission für Textilrohstoffe angeregt. Im Anschluß hieran hat der Webereiverband der Sächsischen Oberlausitz die Zittauer Handelskammer gebeten, sich der Anregung des Verbandes sächsischer Industrieller anzuschließen und die geplante Maßnahme zu unterstützen. In einer Zusammenkunft der Vorsitzenden und Syndizi der sächsischen Handelskammern sind sich die Vertreter der Kammern nach einer Aussprache dahin schlüssig geworden, im Hinblick auf die erlassenen Verordnungen über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Spinnstoffen, Garnen und Fäden sowie über Kettenhandel in Textil- und Textilerzeugnissen die Bedürfnisfrage für die Einrichtung von Gutachterkommissionen für Textilrohstoffe zu verneinen. Es ist einstimmig beschlossen worden, zunächst weiterhin eine ablehnende Stellung zu der Anregung einzunehmen. Auch die Handelskammer Zittau hat sich in ihrer letzten Sitzung dieser Stellungnahme angeschlossen, nachdem der Syndikus nachgewiesen, daß kein Bedürfnis für Einrichtung einer solchen Kommission vorhanden sei. Zudem bestehe bereits für Feststellung von Ueberpreisen ein Schiedsgericht.

Die sächsische Textilindustrie in der Kriegszeit. Die Sächsische Textil-Verufsgenossenschaft hielt am 28. Juli 1917 ihre Genossenschaftsversammlung ab, die auch den Geschäftsbericht auf das Jahr 1916 entgegennahm. Die Zahl der in der sächsischen Textilindustrie beschäftigten Personen hat sich von annähernd 300 000 im Jahre 1913 auf 259 000 im Jahre 1914 und 197 000 im Jahre 1915 vermindert. Für das Jahr 1916 enthält der Bericht keine Ziffern hierüber, doch jagt er, daß ein weiteres Ruhen von Betrieben und eine weitere Verminderung der Arbeiterzahl eingetreten sei. Als neue, durch den Krieg veranlaßte Arbeiten seien die Herstellung von Papiergarnen und das Verweben dieser Garne sowie die Anfertigung von Munitionsteilen eingeführt worden. Nur zum Teil wurden Papiermüllmaschinen neu angeschafft. Verschiedene Arten der bisherigen Papiermüllmaschinen wurden zum Spinnen von Papiergarn umgeändert. Die Zahl der gemeldeten Betriebsunfälle ist infolge der verringerten Arbeiterzahl von 2352 im Jahre 1914 auf 1845 im Jahre 1915 und 1293 im Jahre 1916 zurückgegangen. Entschädigungspflichtig (da die Unfallsfolgen länger wie 13 Wochen währten) wurden 444 Unfälle. Durch Unfall getötet wurden 19 Personen. Der Bericht klagt darüber, daß die alte Gleichgültigkeit der Arbeiter den Unfallverhütungsvorschriften gegenüber fortbestanden habe. Aber auch die Unternehmer sind nicht ohne Fehl und Tadel, denn bei den im Jahre 1916 ausgeführten 1109 Betriebsrevisionen wurden in 416 Betrieben 930 Verstöße gegen jene Vorschriften festgestellt. In allein 308 Fällen wurden ungenügend geschützte Arbeitsmaschinen festgestellt. Freilich sollen angeblich in 56 Fällen die Arbeiter selbst die Schutzvorrichtung entfernt haben. Daß der Kampf um die Rente keinen alten Gang geht, ist daraus zu ersehen, daß neben 375 Rentenbescheiden, die eine erstmalige Festsetzung der Rente aussprechen, in 480 Fällen eine Herabsetzung oder Aufhebung früher bewilligter Renten vorgenommen wurde. Im Jahre 1916 gab die Genossenschaft 147 202 Mk. für die Verwaltung und 889 646 Mk. für Entschädigungen aus. Durch Umlage (Beiträge der Unternehmer) waren 1 008 004 Mk. einzubehalten. Um ein Hiniauschnellen der Beiträge zu vermeiden, beschloß die Genossenschaftsversammlung, die Sonderrücklage anzugreifen.

Ein sehr gutes Geschäftsjahr hat die Akt.-Ges. Vereinigte Trikotfabriken in Vaihingen a. G. in Württemberg hinter sich. Das Unternehmen hat im letzten Geschäftsjahre einen Bruttogewinn von 1,43 (i. V. 1,17) Millionen Mark erzielt. Unkosten gingen auf 848 400 (1,1 Mill.) Mark zurück. Die Abschreibungen wurden auf 87 300 (205 000) Mk. ermäßigt. Es bleibt danach ein Reingewinn von 495 200 (386 000) Mk.

Die Württembergische Leinenindustrie A.-G. in Blaubeuren verzeichnet für das Geschäftsjahr 1916/17, das mit dem 31. März abschließt, einschließlich des vorjährigen Gewinnvortrags von 216 565 Mk. (i. V. 33 367 Mk.) einen Bruttoüberschuß von 216 565 Mk. (i. V. 158 083 Mk.). Nach Abzug der Unkosten verbleibt ein Reingewinn von 161 276 Mark (103 218 Mk.), woraus laut Beschluß der Generalversammlung eine Dividende von 7 Proz. (i. V. 5 Proz.) verteilt wird. Der beträchtlich höhere Reingewinn des Geschäftsjahres 1916/17 ist auf den Verkauf umfangreicher Lagerbestände zurückzuführen. Und auf die hohen Kriegspreise natürlich.

Zur Lage der deutschen Leinenindustrie schreibt man der „Frankf. Ztg.“:

Die deutsche Leinenindustrie sowie Spinnerei hat in den verfloßenen drei Monaten noch unter ziemlich günstigen Verhältnissen gearbeitet. Allerdings mußte infolge der verschärften Vorschriften die Herstellung für den bürgerlichen Bedarf stark eingeschränkt werden, vielfach sogar ganz aufhören; andererseits haben aber die vielen Seeres- und Staatsaufträge eine so rege Beschäftigung hervorgerufen, daß für die nächsten drei Monate noch genügend Arbeit vorhanden sein wird.

Die Förderung des deutschen Flachsbauers hat bereits erhebliche Fortschritte gemacht. Durch

die unter Mitwirkung des Kriegsministeriums gegründete Kriegsflachsbaugesellschaft hat der Flachsbau sich in diesem Jahre bereits auf über 4000 Hektar ausgedehnt (im vorigen Jahre waren es erst 2200 Hektar), derselbe muß aber noch eine ganz erhebliche Vermehrung erfahren. (Bezüglich der Abnahme seitens der behördlichen Stellen haben sich aber in den letzten Monaten viele Anträge zugetragen) ergeben. Wenn der Seeresbedarf vorerst gedeckt ist, sollte man die übrigen Mengen der Privatindustrie überlassen, die dafür die allerbeste Verwendung hat.) Der deutsche Flachsbau gehört mit zu denjenigen Kriegswirtschaftsarbeiten, die nicht nur in die Friedenszeit mit hinübergenommen, sondern erweitert fortgeführt werden müssen. Erst die Kriegszeit hat gezeigt, wie wichtig unsere Bastfaserindustrie für die Landesverteidigung und für die Versorgung der Zivilbevölkerung ist. Sie bedarf daher einer Stärkung und eines nationalen Schutzes, damit Deutschland an Bastfasern vom Auslande unabhängig wird. Auf keinem Gebiet berühren sich die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie so eng wie bei dem des Flachsbau- und Hanfbaues. Um die Versorgung des deutschen Leinengewerbes mit dem benötigten Flachsbau zu sichern wurde von namhaften Industriellen der gezielte Zwang zum Anbau von Flachsbau für Landwirte gefordert. Wenn von sämtlichem anbaufähigen Boden 1 Prozent mit Flachsbau bestellt würde, so dürfte der Bedarf gedeckt sein. Die Bedenken, es könnte durch den Flachsbau dem Kartoffel- und Getreidebau Acker entzogen werden, sind hinsichtlich des geringen Prozentsatzes der benötigten Fläche. Auf diese Weise würde Deutschland schon im nächsten Jahre genügend Flachsbau als guten Ersatz für die fehlende Baumwolle erhalten. In den bestgelegten Gebieten, besonders Litauen, Kurland und Posen, sind bereits im Jahre 1916 große Flächen mit Flachsbau angebauet worden und dieser Anbau wurde im Jahre 1917 noch erheblich gesteigert, um den deutschen Verbrauch von Ausland unabhängig zu machen. Verschiedene Flachsbau- und Hanfrostanstalten sind bereits fertiggestellt oder im Bau begriffen, sie werden durch die deutsche Hanfbaugesellschaft errichtet. Für die Flachsbau- und Hanfernte des Jahres 1917 hat das Reich den Zuschuß auf 5 Millionen Mark bemessen. Die Hanfbaugesellschaft glaubt in 1917 5000 Hektar Hanf bauen und diese Fläche für 1918 auf 12 bis 15 000 Hektar steigern zu können. Die Gesellschaft hofft aber darüber hinaus auf ein so beträchtliches Anwachsen des Anbaues, daß in etwa 10 Jahren der gesamte Bedarf der deutschen Industrie in Hanf aus deutscher Ernte befriedigt werden kann.

Der Verkehr in den deutschen Leinen- und Halbleinen- und Garnspinnereien war in den letzten drei Monaten noch ziemlich lebhaft; es wurden fast ausschließlich Garne für Seereszwecke geponnen, für den privaten Bedarf hat das Geschäft fast ganz aufgehört. Die Spinnereien verfügen noch über einen ziemlich reichlichen Auftragsbestand, neue Garnabschlüsse sind aber in der Berichtszeit nur wenige zustande gekommen, da infolge der Verordnung der neu errichteten Garnausgleichsstelle diese schwieriger geworden sind. — In den Leinen- und Halbleinenwebereien bestehen, soweit die Absatzverhältnisse in Betracht kommen, ähnliche Zustände wie in den Leinen- und Halbleinenwebereien, welche für die Militärverwaltung in Betracht kommen, war außerdem die Nachfrage zeitweise sogar an gestrengt gearbeitet werden, um allen Anforderungen zu genügen. Für den freien Verkehr wurde die Erzeugung fast ganz eingestellt.

In eine Lohnbewegung eingetreten sind auch die Textil- und -arbeiterinnen in Mittweida. Sie fordern 60 Proz. Lohnhöhung auf alle Afford- und Zeilöhne, ferner Einführung von Mindest- und Garantilöhnen in Höhe von 35 Pf. für die Stunde für weibliche und 50 Pf. für männliche Arbeiter, mit Ausnahme der Spinner, für die 60 Pf. verlangt werden.

Die Kesselerwertung für Textilzwecke findet sehr starke finanzielle Hilfe. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Deutschen Kesselanbaugesellschaft wurde die Erhöhung des Stammkapitals auf 5 Millionen Mark beschlossen. Die Verwaltung hatte nur eine Erhöhung des gegenwärtig 175 000 Mk. betragenden Stammkapitals der Gesellschaft auf 1 Million Mark beantragt. Infolge der in der Versammlung erstatteten Berichte, der beigebrachten Unterlagen und vorhandenen Muster ist die Generalversammlung über den Antrag der Verwaltung hinausgegangen und hat die Erhöhung auf 5 Millionen Mark beschlossen. Bis zum 12. Oktober ist für die beteiligten Firmen eine Karenzzeit gewährt, um sich zu der Kapitalerhöhung zu erklären.

Eine hochbedeutende Erfindung hat Direktor William Schulz der Baumwollspinnerei Zschopau, Akt.-Ges., gemacht, indem es ihm gelungen ist, die Brenneiselfaser zu brauchbaren Garnen feinerer Nummern zu verspinnen. Die nach dem neuen Verfahren erzeugten Garne sind von sehr guter Qualität und berechtigen zu den größten Hoffnungen. Die Erfindung ist geeignet, die deutsche Textilindustrie noch weiter von der überseeischen Baumwolleneinfuhr unabhängig zu machen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die vor einigen Tagen gemeldete Erhöhung des Kapitals der Deutschen Kesselanbaugesellschaft mit der Erfindung in Zusammenhang steht.

Die freie Fahrt für Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen ist auf länger hinaus befristet worden.

Zur leichteren Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit sind bisher auf den sächsischen, preussisch-hessischen und oldenburgischen Staatseisenbahnen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen, die infolge des Herstellungsverbots für Baumwollstoffe arbeitslos geworden sind, bei der ersten Reise von ihrem bisherigen Wohnort nach der neuen Arbeitsstätte sowie zur Rückkehr von der neuen Arbeitsstätte in die Heimat in 4. Kl. (auf Strecken ohne 4. Kl. in 3. Kl.) unentgeltlich befördert worden. Nach einer neueren Verfügung der beteiligten Staatseisenbahnverwaltungen wird diese Vergünstigung unter den bisherigen Voraussetzungen bis Ende Dezember 1917, längstens jedoch bis einen Monat nach Friedensschluß weitergewährt.

Die Rheinisch-Westfälische Textilberufsgenossenschaft (Sitz M.-Glabbad) hat ihren Verwaltungsbericht für 1916 herausgegeben. Während des Jahres 1916 waren 2689 Betriebe vorhanden, gegen 2756 im Vorjahre. In diesen Be-

trieben wurden durchschnittlich 70 859 Arbeiter beschäftigt, gegen 119 424 im Jahre 1915. Die Zahl der Betriebe ist demnach um 67 und die der Arbeiter um 48 565 zurückgegangen. Auf die Sektion Düsseldorf entfielen im Jahre 1916 120 Betriebe mit 5389 Arbeitern, auf M.-Glabbad 341 mit 15 203, auf Elberfeld 219 mit 5172, auf Barmen 1353 mit 13 175, auf Lennep 98 mit 7317, auf Wachen 298 mit 14 320, auf Münster 260 mit 10 283. Im letzten Friedensjahre 1913 umfaßte die Berufs-genossenschaft 157 888 Arbeiter, welche 152 132 251 Mark an Löhnen erhielten, gegen 70 859 Arbeiter mit 66 343 170 Mk. Löhnen im Jahre 1916. Der Durchschnittslohn für den Arbeiter einschließlich der jugendlichen und weiblichen betrug im Jahre 1916: 936,27 Mk., gegen 915,90 Mk. im Jahre 1915, 913,02 Mk. im Jahre 1914 und 963,55 Mk. im Jahre 1913. Die Verwaltungskosten im Jahre 1916 betrugen für die Genossenschaft 60 750 Mk. einschließlich 12 388 Mk. Zinnsausgaben für Kriegsanleihen, für die sieben Sektionen zusammen 69 412 Mk., insgesamt demnach 130 162 Mk. An Unfallentschädigungen wurden gezahlt im Jahre 1916: 819 346 Mk., seit 1. Oktober 1885 insgesamt 14 784 890 Mk.

Berichte aus Fachkreisen.

Burgstädt. Donnerstag, den 2. August, verschied infolge Erkrankung an der Ruhr im Garnisonlazarett zu Leipzig der Geschäftsführer Guldreich Fischer im Alter von 41 Jahren. 9 Jahre stand er im Dienste unseres Verbandes. Ueberall, wo es galt, die Rechte der Arbeiterschaft zu vertreten, tat er es in mühevoller und aufrichtigster Weise. Auch als Vorsitzender des Gewerkschaftsrates war er trotz seines schon jahrelangen Halsleidens ein eifriger Berater und nie ermüdender Helfer bei der Hebung der Lage der gesamten Arbeiterschaft. Er wird uns ein ewiges Vorbild bleiben und sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.

Selbst bei Hof. Die am Orte befindlichen Zwirnereien, nebst der Weberei, sind auch den gegenwärtigen Verhältnissen gefolgt und haben die Papierverarbeitung schon seit geraumer Zeit aufgenommen, die Löhne sind aber dem allgemein bekannten niedrigen Entlohnungsweesen des Frankenwaldes angepaßt. Die Unternehmer halten sich auch nicht an die Abmachungen hinsichtlich der geschaffenen Mindestlöhne. Einem Wunsche der dortigen Arbeiterschaft folgend, wurde Sonntag, den 5. August, eine Versammlung veranstaltet, welche außerordentlich gut besucht war. Kollege Schöller-Hof referierte über das Thema „Wer hat die Mindestlöhne geschaffen und was haben die Arbeiter und Arbeiterinnen zu fordern?“ Redner vertrat es, den Anwesenden auseinanderzusetzen, welchen kulturellen Vorteil die Gewerkschaftsbewegung hat. Gering in Nordoberfranken und damit auch in ganz Bayern steht die neueste Errungenschaft des Deutschen Textilarbeiterverbandes: die Schaffung von Mindestlöhnen für die bei der Papierverarbeitung Beschäftigten. Freiwillig werden sich die schwer reichen Textilunternehmer von Oberfranken nicht herbeilassen, diese Löhne zu gewähren, es muß erst von der Organisation ein entsprechender Druck ausgeübt werden. In richtiger Erkennung der Verhältnisse schlossen sich nach dem beifällig aufgenommenen Vortrage 58 Kolleginnen der Organisation an. Es wurde, da ein großer Teil der Arbeiterinnen infolge der Ueberfüllung keinen Platz mehr finden konnte, allgemein der Wunsch geäußert, daß nochmals eine Versammlung abgehalten werden möchte, um die anderen Kolleginnen ebenfalls der Organisation zuzuführen. Dem Wunsche wird entsprochen werden. Geht ans Werk, Kolleginnen, das Eis ist gebrochen, nunmehr muß es vorwärts gehen.

Literatur.

„Wer trägt die Schuld am Kriege?“ Diese Frage hat der Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-Scandinavischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorliegendem Titel in den Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin S.W. 68 im Druck erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die imperialistischen Grundursachen. — Die Entente als Weltverteilungs syndikat. — Die Politik der Zentralmächte. — Die Entente in Deutschland. — Die Größe der Gefahr für Deutschland. — Der Ausbruch der Krise usw. Die Broschüre ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1 Mk.

Von der Neuen Zeit ist joesen das 19. Heft vom 2. Band des 35. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Belgien. Von R. Kautsch. — Staatssozialismus oder Staatskapitalismus? Von Otto Jensen. (Schluß). — Der Gesellschaftsvertrag über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte. Von Joseph Herzfeld. — Die Ursachen des Geburtenrückganges vor dem Kriege. Von August Freudenthal. — Literarische Rundschau: Sil-Bara, Englische Staatsmänner. Von O. J.

Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von Mk 3.90 das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 30 Pfennig.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntaa, den 19. August, ist der
33. Wochenbeitrag fällig.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Johann Freikner, Weber, Stamm-Nr. 130 653, geboren am 28. Juni 1852 in Marlesreuth, eingetreten 27. März 1901 in Hof, ist abhanden gekommen. Wir bitten dasselbe beim Aufsuchen an uns oder an die Filiale Hof, Marienstr. 87, senden zu wollen.

Der Vorstand.

Ortsverwaltungen.

München - Glabbad. Alle Sendungen an Hugo Förster, M.-Glabbad, Königsstr. 13, Bureaustunden: Vormittags 9 bis 12 Uhr, nachmittags 1/2 bis 8 Uhr. Mittwochnachmittags geschlossen.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 18. August.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit o versehenen Artikel Hermann Krätzig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vornais Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Aachen. Peter Hammer, 51 J., Nervenschlag.
Glabbad. Emilie Köhler, 59 J., Darmtumor.
Greiz. Hermine Buschner, Weberin, Köhler, 59 J., Lungenleiden.
Reichenbach i. B. Lina Grunert, Weberin, 33 J., Lungenkrankheit.
Stuttgart. Elise Simminger, Näherin, 43 J., Lungenleiden.
Wailingen. Anna Kopp, Bettlerin, 23 J., Lungenleiden.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Burgstädt. Guldreich Fischer, 41 J., Geschäftsführer.
Reichenbach i. B. Paul Schmidt, Weber, 27 J.
Eindelfingen. Ernst Körner, 25 J.

Ehre ihrem Andenken!